

Wende beim Kombibad

Anders als es sich noch vor wenigen Tagen abgezeichnet hatte, votierte der Rat einstimmig für die Planung. Möglich wurde dies durch einen vom Bürgermeister vorgelegten Kompromiss

Von Petra Kefßler

Voerde. Vor wenigen Tagen noch hatte alles danach ausgesehen, dass der im Stadtrat anstehende Beschluss zum Kombibad auf einer knappen Mehrheit von SPD und Grünen fußen wird – am späten Montagnachmittag läutete Bürgermeister Dirk Haarmann mit einem Kompromissvorschlag die Wende ein: Die CDU, die insbesondere aufgrund der in der Drucksache der Verwaltung nicht thematisierten Finanzierungsfragen und der fehlenden Kostenangaben zur „bedarfsoptimierten“ Variante (auch Variante 3 genannt) angekündigt hatte, den Weg so nicht mitgehen zu können, ließ sich durch textliche Änderungen umstimmen. Auch WGV und FDP, die sich bis dato inhaltlich nicht geäußert hatten, stiegen mit ins Boot.

Bürgermeister Haarmann sprach von einer Präzisierung in der Formulierung mit dem Ziel, „die Deutungsvielfalt abzubauen“: Statt von der Errichtung ist in der Beschlussvorlage von der Planung des Kombibades die Rede, für die der Stadtrat am Dienstagabend in der „bedarfsoptimierten Variante“ einhellig den Weg ebnete. Für just diese Lösung hatte der Verwaltungschef geworben wie auch dafür, die Entscheidung mit einer breiten Mehrheit zu treffen. Zum einen sei dies ein wichtiges Signal in Rich-



Das Schwimmbecken auf dem Freibadgelände soll zum Teil erhalten bleiben.

FOTO: GÜNTHER JACOBI / PR

tung Bürgerschaft, Vereine etc., die vorher in puncto Ausführung des Bades beteiligt worden waren und Anregungen gegeben hatten, und zum anderen an mögliche Fördergeldgeber. Die Verwaltung wurde auch beauftragt, das europaweite Verfahren für die Vergabe der Planung vorzubereiten. Ausgangspunkt ist ein Wettbewerb, über den die Stadt möglichst schnell zu einer begrenzten Anzahl von Büros kommen möchte, die Vorschläge für die Realisierung des Bades vorlegen. Im Laufe des weiteren Verfahrens sollen auf der Grundlage

des dann zu erteilenden Planungsauftrags die Ausstattungsdetails final festgelegt werden. Für CDU-Fraktionschef Ingo Hülser ist dies ein wichtiger Punkt – wie auch die Tatsache, dass in dem veränderten Beschlussvorschlag der Finanzierungsvorbehalt niedergeschrieben sei. So soll die Entscheidung über die Ausführung und die Finanzierung des neuen Schwimmbades dann erfolgen, wenn aufgrund „konkreter Aussagen“ sowie Förderzusagen und -quoten die städtischen Eigenanteile

bekannt seien und die Leistungsfähigkeit des kommunalen Haushaltes gegeben sei. Wenn die finanzielle Situation die Variante 3 nicht hergebe, müsse neu nachgedacht werden, konstatierte Hülser.

Investitionskosten: zirka 15 Mio. Euro
Sind die genannten Voraussetzungen geschaffen, soll die Frage einer externen Betriebsführung geklärt werden. Haarmann brachte hier erneut die Stadtwerke ins Spiel. Auch liefert die Verwaltung in der Drucksache eine grobe Schätzung der Investitionskosten für die „bedarfsoptimierte Variante“ mit. Basierend auf Angaben zu Bädern mit einer vergleichbaren Ausführung beziffert sie diese mit zirka 15 Mio. Euro netto.

SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Goemann erinnerte noch einmal daran, wie schnell womöglich im Fall eines kurzfristig aufgelegten Förderprogramms ein Plan zum Kombibad zur Hand sein muss. Er betonte aber auch, dass das Thema zu wichtig sei, um es in einer Kampf Abstimmung zu entscheiden. Ingo Hülser dankte der SPD für ihr Entgegenkommen. Dem Bürgermeister attestierte der CDU-Fraktionschef, durch sein „umsichtiges Handeln“ eine Kampf Abstimmung verhindert zu haben.

„Die Kuh ist seit 26 Stunden vom Eis“, beschrieb WGV-Fraktionschef Christian Garden den „mehrheitsfähigen“ Vorschlag, den Haarmann vorgelegt hatte. Seiner Fraktion sei es wichtig gewesen, für die „bedarfsoptimierte Variante“ Beträge zu bekommen. Auch Garden verwies auf den bleibenden Finanzierungsvorbehalt und darauf, dass die Stadt bei der Realisierung des Kombibades stark auf Förderprogramme angewiesen sei. Um der großen Mitwirkung der Bürger Rechnung zu tragen, stimme die WGV für Variante 3.

Haushalt: Dämpfer für die Stadt

Statt eines leichten Überschusses wird für 2020 nun ein dickes Minus erwartet

Voerde. Die Stadt erfährt hinsichtlich des zeitnah angestrebten und bis 2021 auch spätestens gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleichs einen Rückschlag: War Kämmerer Jürgen Hülser vor einem Jahr noch von einem Überschuss in Höhe von knapp 380.000 Euro und zuletzt von fast 110.000 Euro beim Ergebnisplan für 2020 ausgegangen, hat er diese Zahl am Dienstag im Stadtrat bei der Einbringung des Etats deutlich nach unten korrigieren müssen. Statt des prognostizierten Plus steht unter dem Strich nun ein dickes Minus. Die Summe der Aufwendungen, die rund 95,32 Mio. Euro umfassen, übersteigt die bei knapp 94,43 Mio. Euro liegenden Erträge. Das Defizit wird mit 893.257 Euro beziffert – was eine Verschlechterung zu dem zuletzt kalkulierten Überschuss um rund eine Million Euro bedeutet. Im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr würde das für 2020 prognostizierte Minus um fast 330.850 Euro höher ausfallen als das für 2019.

Hülser verwies in seiner Rede zur Einbringung des Etats auf die „starke Belastung“ des Haushaltsplanergebnisses in 2020 alleine durch weniger Schlüsselzuweisungen in Höhe von etwa 780.000 Euro und durch geringere ausfallende Anteile an der Einkommenssteuer von rund 650.000 Euro. Dies hätte trotz „intensiver Anstrengungen nicht kompensiert“ werden können. Im Fall der Schlüsselzuweisungen würden die in 2018 erzielten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer nachwirken, erklärte der Kämmerer. Hintergrund seien Nachveranlagungen aus den Vorjahren von rund 2,9 Mio. Euro. Für das laufende Jahr dagegen seien die mit 10,5 Mio. Euro eingeplanten Erträge bei der Gewerbesteuer „als nicht erreichbar“ zu bezeichnen. Im Haushalt 2020 ist diese wesentliche Einnahmequelle der Stadt mit knapp elf Mio. Euro veranschlagt.

Für 2021 prognostiziert Hülser, dass die Gesamtsumme der Erträge die der Aufwendungen übersteigen

und unter dem Strich ein Plus von fast 540.000 Euro stehen wird. Der Kämmerer sprach von einem „rechten „arten“ Überschuss, den es bei der Haushaltsplanung für 2021 zu stärken gelte. Das Vorhaben werde allerdings durch einige Risiken wie die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen nicht erleichtert. Sollte die Stadt ab 2021 kein sich verstetigendes positives Jahresergebnis erzielen, müssten, wenn eine Verlängerung der Frist nicht genehmigt würde, weitere Steuerinstrumente angewandt werden, wie Hülser am Dienstag auf Nachfrage der NRZ erläuterte. Der Kämmerer bewertete in seiner Rede im Stadtrat die Zeit bis zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes vor dem gesetzlich vorgegebenen Termin als „denkbar knapp“, er hält dies aber „bei entsprechender Disziplin“ für „durchaus möglich“.

P.K.

Ein ausführlicher Bericht mit den weiteren Eckdaten zum Etat 2020 folgt.